

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 168 (2002)

Heft: 7

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND

Bericht über innere Lage der Bundeswehr an den Generalinspekteur

Schon lange wird von verschiedenen, kompetenten und weniger sachkundigen Personen oder Gremien festgestellt, dass die Bundeswehr in vielen Bereichen an erheblichen Mängeln leidet. Es war noch nie so deutlich wie jetzt in der Bundeswehr erkennbar, dass Auftrag und Mittel weit auseinander klaffen.

Um objektive, handfeste Grundlagen für die Beurteilung der inneren Lage in den Streitkräften zu erhalten, hat der Generalinspekteur seinen Ausbildungsbeauftragten, Brigadegeneral Löchel, angesetzt. Dieser soll in einer Studie ein zutreffendes Bild der Personallage in den Streitkräften vermitteln. Hierzu hat Löchel 2882 Soldaten aller Dienstgrade aus allen Teilstreitkräften befragt und Gespräche mit vielen Kommandeuren geführt. Die Auswertung ergibt ein verheerendes Ergebnis und stellt die Verantwortlichen vor ein kaum lösbares Problem.

Die Einstellung der Truppe zu ihrer Führung bewegt sich zwi-

schen Bitterkeit, Demotivation und Abwarten. Die innere Lage ist angespannt. Der politischen Leitung gegenüber bestehen starke Vorbehalte. Seit dem Afghanistan-Einsatz konzentrieren sich die Erwartungen der Truppe auf den Bundeskanzler, von dem man die notwendige finanzielle Stärkung der Bundeswehr erwartet. Aber was noch schwerer wiegt, auch das Vertrauen zur militärischen Führung, insbesondere zur höheren Generalität ist beschädigt.

Die Zurückhaltung der Generalität wird zunehmend kritisiert. Es wird nicht mehr verstanden, warum der militärische Sachverstand in den politischen Entscheidungsprozess nicht eingebracht wird. In den Augen vieler Soldaten haben sich höhere Vorgesetzte aus der Verantwortung gestohlen, indem sie sich hinter der politischen Argumentation, Geldmangel und dem Hinweis auf bestehende Gesetze verschanzten.

Die Kommandeure und Chefs bemühen sich zwar im Einsatzgebiet um Loyalität, sind aber häufig in einem Erklärungsnotstand und fühlen sich allein gelassen. Hinzu kommt die teilweise desolante Materiallage. Dies alles ist alarmierend. Gleichwohl werden aus den Einsatzgebieten eine tadellose Auftragsbefolgung und Haltung der deutschen Soldaten gemeldet. Die Meinung, die grobe Unterfinanzierung wirke sich vor allem im Material-, Logistik- und Infrastrukturbereich aus, ist falsch. Sie hat sich auf die Motivation, innere Haltung und das Vertrauen der Soldaten auf die höhere militärische Führung ausgewirkt. Dies hat starke Auswirkungen auf die Qualität der Soldaten, insbesondere die des Nachwuchses. Das Motto «Quote statt Qualität» gilt. Viele gut- und hochqualifizierte Soldaten wollen nicht mehr Berufssoldat werden. Deshalb ist man darauf angewiesen, alles anzunehmen, was kommt. Dabei wird das Mindestmass an Qualitätsforderung oft unterschritten. Tp

Die «innere Lage» in der Bundeswehr ist angespannt.

Bundeswehr bildet Zentrum für medizinischen ABC-Schutz

Gemäss der Biowaffenkonvention von 1972 sind die Entwicklung, Herstellung und Lagerung von «offensiven» biologischen Waffen verboten. Deutschland ist im April 1983 dem Übereinkommen

über das Verbot biologischer Waffen beigetreten. Zu «defensiven» Zwecken, d.h. zu Forschungszwecken, beispielsweise um einen Impfstoff gegen biologische Waffen zu entwickeln, ist das Züchten von Erregern in kleinen Mengen jedoch erlaubt. Wie die USA und andere Staaten hat auch Deutsch-

land auf den 11. September 2001 und seine Folgen reagiert. So will die Bundeswehr ihre Biowaffenforschung verdreifachen. Diese soll aber gemäss Aussagen des Verteidigungsministeriums ausschliesslich dem vorsorglichen Schutz vor Krankheitsserregern wie Milzbrand und Pest dienen. Geplant ist, aus den Instituten für Radiobiologie, Mikrobiologie und Chemo-Toxikologie ein Zentrum für medizinischen ABC-Schutz zu bilden.

Schwerpunkt soll dabei die Biowaffenforschung sein. Konkret geht es dabei um die Entwicklung von Diagnosemitteln, Antibiotika und Impfstoffen für eine grosse Bandbreite von Erregern. Noch ist allerdings das Geld für die Ausweitung der Forschung nicht bewilligt. Dies dürfte in Anbetracht der laufenden Finanzprobleme bei der Bundeswehr keine leichte Angelegenheit sein. hg

SPANIEN

Probleme mit den Freiwilligenstreitkräften

Ende 2001 wurde die Umstellung der spanischen Streitkräfte von der Wehrpflicht zu einer Berufsarmee abgeschlossen (siehe ASMZ Nr. 2/2001, Seite 46). Die bisher gemachten Erfahrungen werden als grundsätzlich positiv dargestellt; die Professionalisierung der Streitkräfte kämpft aber mit zwei wesentlichen Problemfeldern:

- Rekrutierung von geeignetem Personal
- Erhaltung der Einsatzfähigkeit während der Übergangsphase.

Die Einsatzfähigkeit ist eingeschränkt, weil die militärische Ausbildung meist nur vormittags erfolgen kann. Der Nachmittag dient der Berufsweiterbildung, um den Wünschen des Personals gerecht zu werden. Notwendige Arbeiten zur Erhaltung der Infrastruktur und zum Unterhalt von Bewaffnung und Ausrüstung bleiben teilweise unerledigt.

Mit der Einführung der Berufsarmee musste auch das Disziplinarwesen geändert werden; heute wird grundsätzlich weniger be-

straft – leichte Pflichtverletzungen werden nicht mehr geahndet.

Im Februar 2002 wurde im spanischen Parlament das neue Personalgesetz der Streitkräfte verabschiedet. Darin wird u.a. Ausländern der Eintritt in die Streitkräfte als Zeitsoldat ermöglicht. Der Zeitraum einer Verpflichtung ist dabei einheitlich auf drei Jahre begrenzt worden. Für eine längere Verwendung als Zeitsoldat oder Zivilbediensteter der Streitkräfte muss vorerst die spanische Staatsbürgerschaft erlangt werden. Mit dieser Möglichkeit zur Verbesserung der Personalsituation werden vor allem Angehörige von Staaten angesprochen, die traditionelle Beziehungen zu Spanien unterhalten. Nebst Doppelstaatsbürgern aus Südamerika sollen nun auch im Lande lebende Immigranten diese zeitlich befristeten Anstellungsbedingungen nutzen können. Vorerst ist der Eintritt von Ausländern nur bei den Landstreitkräften und bei der Marineinfanterie möglich. Noch ist unklar, ob mit diesen Massnahmen die Rekrutierungsprobleme gelöst werden können. hg



Spanische Truppen bei der SFOR (Bild: Spz BMR-600).

SLOWENIEN

Regierung plant den Übergang zu einer Berufsarmee

Ende April 2002 hat sich die slowenische Regierung für eine Änderung des derzeitigen Wehrsystems ausgesprochen. Vorgesehen ist der schrittweise Übergang von der Wehrpflicht zu einer Freiwilligenarmee, wobei weiterhin eine Reserve vorgesehen ist.

Die slowenische Armee soll künftig noch über 26 000 Soldaten verfügen, von denen rund 19 000 auf die Reserve entfallen werden. Mit dem Nato-Beitritt soll die Reserve vorerst verkleinert und später ganz aufgelöst werden. Slowenien verfügt heute über eine Armee von 10 000 aktiven Soldaten sowie über eine Reserve von rund 61 000 Mann. Jährlich werden etwas über 4 000 Rekruten für die sieben Monate dauernde Grundausbildung einberufen. Gemäss vorliegender Planung soll

bereits ab Ende 2003 die bisherige Stellungspflicht aufgehoben und im Jahre 2004 der letzte Grundwehrdienst durchgeführt werden.

Im Zuge des vorgesehenen Nato-Beitritts soll der Aufbau einer Freiwilligenarmee koordiniert angegangen werden. Es ist damit zu rechnen, dass Slowenien bei der nächsten Nato-Erweiterungsrunde mitberücksichtigt wird. Allerdings sind dafür erhebliche Finanzmittel notwendig, die bereits für die Budgetplanungen der nächsten Jahre berücksichtigt worden sind. Das Verteidigungsbudget soll sich in diesem Zusammenhang in den nächsten Jahren von heute 1,7% bei rund 2% des BIP einpendeln. Noch nicht gelöst sind die anstehenden Personalprobleme; im Zusammenhang mit dieser Armee-reform dürften diverse Stellen in den slowenischen Streitkräften und im Verteidigungsministerium verloren gehen. hg

NIEDERLANDE

Mission in Mazedonien unter niederländischer Führung

Die Niederlande haben am 26. Juni 2002 die Leitung der NATO-Mission «Fox» in Mazedonien von Deutschland übernommen. Seit Ende Juni sind insgesamt 350 niederländische Soldaten im Norden Mazedoniens stationiert. Zusammen mit deutschen und französischen Soldaten sowie kleinen Kontingenten aus anderen Staaten soll die Task Force «Fox» den Schutz der Beobachter der «Monitoring Mission» der EU

und der OSZE gewährleisten. Gemäss Beschluss des niederländischen Parlaments, der bereits im April dieses Jahres gefällt worden ist, soll diese Führungsfunktion für eine Periode von vier bis maximum sechs Monate eingenommen werden. Die Mission «Fox» ist vorderhand bis Ende 2002 bewilligt. Eigentlich war vorgesehen, dass die EU Ende Oktober dieses Kommando übernehmen sollte (siehe auch Beitrag: Konflikt zwischen Türkei und Griechenland verhindert EU-Truppeneinsatz). hg



Niederländische Truppen in Mazedonien.

GROSSBRITANNIEN

Britische Streitkräfte leiden unter «Überbelastung»

Die britischen Streitkräfte als Berufsarmee leiden seit Monaten unter der grossen Einsatzbelastung. Dazu kommen weiterhin akute Rekrutierungsprobleme, die die Situation noch verschärfen. Viele britische Einheiten stehen heute, entweder unter der Regie der NATO oder teilweise auch der UNO, praktisch in allen laufenden multinationalen Operationen im Einsatz. Vor allem das seit Herbst 2001 laufende Engagement in Afghanistan (Anti-Terror-Operation sowie bei der internationalen Schutztruppe ISAF) haben gemäss Einschätzung des britischen Verteidigungsministeriums zu einer gefährlichen «Überdehnung» bei allen Teilstreitkräften geführt. Zudem stehen gemäss den Planungen weitere Einsätze, so z.B. im Irak, bevor.

Nach Ansicht britischer Experten müsste das Verteidigungsbudget von derzeit rund 24 Mrd. Pfund mindestens um 1 Mrd. Pfund aufgestockt werden, um alle von Grossbritannien eingegangenen Verpflichtungen erfüllen zu können. Alleine die ersten sechs Monate des Afghanistan-Einsatzes sollen zusätzliche 150 Mio. Pfund verschlingen haben.

Vorerst müssen aber diese Zusatzkosten ausschliesslich über Sparmassnahmen aufgefangen werden. Vorerst ist davon vor allem die britische Navy betroffen. So soll das älteste der noch aktiven Kriegsschiffe, die «HMS Fearless», ausgemustert werden. Als nächste



Gepanzertes Transportfahrzeug «Scarab» der British Army.

sind die Marine-Kampfflugzeuge dran; drei Staffeln, ausgerüstet mit «Sea Harrier» (insgesamt 24 Flugzeuge), sollen eingemottet werden.

Die Royal Air Force (RAF) verfügt zwar über die volle Sollstärke von 53 150 Soldaten, wegen der hohen Belastung mussten aber erstmals seit dem Golfkrieg 1991 Reservisten einberufen und Angehörige der Territorialarmee mobilisiert werden, um die laufenden Einsätze gewährleisten zu können. Auch der britische Armee mit einer aktuellen Ist-Stärke von 100 400 Soldaten fehlen derzeit rund 6 000 Mann. Britische Soldaten der verschiedenen Teilstreitkräfte stehen heute in gegen 30 Staaten im Einsatz. Ausserdem sind weiterhin rund 15 000 britische Soldaten ständig durch den Nordirland-Konflikt gebunden, was die Situation noch zusätzlich verschärft. hg

EUROPA

Konflikt zwischen Türkei und Griechenland verhindert EU-Truppeneinsatz

Im Herbst dieses Jahres will die Europäische Union die Führung über die NATO-Mission «Fox» in Mazedonien übernehmen. Es wäre der erste militärisch geführte EU-Einsatz unter dem Schirm der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Doch das ehrgeizige Projekt droht durch den Dauerkonflikt zwischen den Kontrahenten Griechenland und Türkei zu scheitern. Dabei geht es um folgendes Problem:

Um die ESVP effizient umzusetzen, ist die EU auf Planungsstrukturen und Mittel der NATO angewiesen. Denn die ESVP kann aus finanziellen Gründen keine völlig unabhängige Militärstruktur aufbauen. Ein entsprechendes Abkommen zwischen NATO und EU, dem beide Organisationen einstimmig zustimmen müssen, steht aber noch immer aus. Am Anfang war es das NATO-Mitglied Türkei, das blockierte. Die Türken fürchteten, die EU könnte in Einsätze in ihrem Interessensbereich – Zypern und Ägäis – verwickelt werden, ohne dass die Regierung in Ankara ein Mitsprache-

recht hätte. In monatelanger Kleinarbeit handelten britische und US-Diplomaten ein Dokument aus, dem die Türkei schliesslich Ende 2001 zustimmte. Darin ist vorgesehen, dass die Regierung in Ankara ein faktisches Veto einlegen kann, wenn die ESVP in der türkischen Interessensphäre operieren will. Dies aber missfällt Griechenland, das verhindern will, dass die Türkei durch die Hintertür ein Mitspracherecht in der EU erhalten könnte.

Hält das EU- und NATO-Mitglied Griechenland sein Veto aufrecht, dann wird es mit der Premiere der ESVP in Mazedonien nichts. Die gegen 1000 Mann starke NATO-Mission in Mazedonien wird seit Beginn ausschliesslich von den Europäern geführt. Fällt die seit Monaten gross angekündigte Premiere dieser Führungsübernahme ins Wasser, wäre der Schaden für die Europäische Union gross. Dabei hat sich die EU letztlich selber ohne Grund unter Druck gesetzt. hg

ÖSTERREICH

Kauf von Transportflugzeugen

Der Ankauf von drei britischen Transportflugzeugen C-130K «Hercules» durch das österreichische Bundesheer ist nun definitiv (s. auch ASMZ Nr. 5/2002, S. 50). Der diesbezügliche Vertrag wurde

Ende Mai 2002 in Wien unterzeichnet. Die rund 35 Jahre alten Flugzeuge sollen rund 40 Mio. Euro kosten, eine Generalüberholung der Maschinen soll in diesem Betrag eingeschlossen sein. Mit der Auslieferung soll wie geplant Anfang 2003 begonnen werden. hg

NATO

Reduzierung des militärischen Engagements auf dem Balkan

Die NATO will ihr militärisches Engagement auf dem Balkan (SFOR und KFOR) bis Mitte 2003 um mehr als 10 000 Soldaten reduzieren. In mehreren Schritten soll die Gesamtstärke von heute rund 56 000 Soldaten auf gegen

43 000 Personen abgebaut werden.

Gleichzeitig mit der Reduzierung soll die Wirkung der verbleibenden Balkantruppen erhöht werden. Geplant ist, die Einsätze in Bosnien-Herzegowina (SFOR), Kosovo (KFOR) und Mazedonien (FOX) zu koordinieren. Die Allianz prüft eine generelle Straffung der Einsätze, vor allem in den Bereichen Führung, Logistik und Unterstützung. Erwogen wird auch, dass einzelne Nationen bestimmte Aufgabenbereiche für eine oder alle drei Einsätze vollständig übernehmen. Die entsprechenden Planungen sind schon weit fortgeschritten. In diesem Zusammenhang will die NATO von zivilen Aufgaben, die heute etwa im Polizeibereich durch die Militärs wahrgenommen werden, entlastet werden.

Bei der KFOR soll gleichzeitig mit den Truppenreduzierungen auch eine Redислоzierung vorgenommen werden. Die heute vorhandenen fünf Brigaderäume (MNBs = Multi National Brigades) sollen ab Januar 2003 auf noch drei Brigaden reduziert werden. Um bei einer allfälligen Lageverschärfung rechtzeitig reagieren zu können, werden zusätzliche Truppenreserven gebildet. Die Präsenz der deutschen Bundeswehr soll bis Jahresende auf dem

Balkan um rund 1000 Personen reduziert werden. Im Juni 2002 wurde das Mandat für das deutsche KFOR-Kontingent um ein Jahr bis Dezember 2003 verlängert. Mit der Reduzierung der Brigaden wird in Kosovo eine neue Multi Nationale Brigade

Southwest (MNB SW) gebildet. Dabei dürfte Deutschland zusammen mit Italien das Gros der Truppen dieser Brigade stellen. Teil dieser neuen Brigade ist auch das österreichische Bataillon mit der SWISSCOY.

hg

RUSSLAND

Langfristige Reform der russischen Streitkräfte

Russlands Präsident Putin hat im März 2002 eine weitere Planungsgrundlage zur Reform der russischen Streitkräfte gebilligt. Darin wird festgehalten, dass bis zum Jahre 2010 die heutige Wehrpflicht durch eine Berufsmarine zu ersetzen sei. Russlands Verteidigungsminister Sergej Iwanow sprach in diesem Zusammenhang von einer historischen Entscheidung. Russland habe keine andere Alternative. Eine Verbesserung der heutigen prekären Situation könne nur über den Weg zu Berufstreitkräften erreicht werden. Bis zum Jahre 2004 sollen die Pläne für die künftigen Berufstreitkräfte vorliegen.

Für die Gesamtreform der russischen Streitkräfte, inklusive deren Umwandlung in eine Freiwilligenarmee, hat der Präsident einen Zeitraum von insgesamt 15 Jahren veranschlagt. Es soll eine «modern ausgerüstete und ausgebildete Armee» mit gut bezahlten und motivierten Soldaten geschaffen werden.

Anfang der 90er-Jahre existierten in den russischen Streitkräften noch 2,8 Millionen Stellen. Diese wurden bis Ende 1998 bereits auf rund 1,2 Millionen reduziert. Bis zum Jahre 2005 soll etwa ein Drit-

tel dieses Personalbestandes eingespart werden; d. h. gegenwärtig ist eine Reduzierung der Bestandeszahlen von 1,2 Millionen auf noch etwa 800 000 Stellen im Gange. Der heutige Ist-Bestand bei den russischen Streitkräften dürfte bereits unter einer Million liegen. Von den gegenwärtig 1200 Generalstellen sollen bis Ende 2002 zirka 250 wegfallen, was im Offizierskorps heftigen Widerstand ausgelöst hat.

Parallel zu den Planungsgrundlagen bezüglich Umwandlung der Streitkräfte hat das russische Verteidigungsministerium zu Beginn dieses Jahres auch das langfristige Ausrüstungsprogramm (State Procurement Program 2010) vorgelegt. Daraus ist ersichtlich, dass für eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte weit mehr als zehn Jahre benötigt werden. Mangels Finanzen beschränkt sich die Modernisierung in den nächsten Jahren vorerst auf die Kampfwertsteigerung vorhandener Mittel. Daneben wird dem Bereich Forschung und Entwicklung hohe Priorität beigemessen. Mit verstärkten Rüstungsexportbemühungen sollen zudem zusätzliche Finanzmittel verfügbar werden.

hg



Französische Truppen der KFOR mit Schützenpanzer VAB.



Modernisierung der russischen Streitkräfte lässt weiter auf sich warten (Bild: Flab System «Buk-M1»).

Militärische Spezialoperation in Tschetschenien

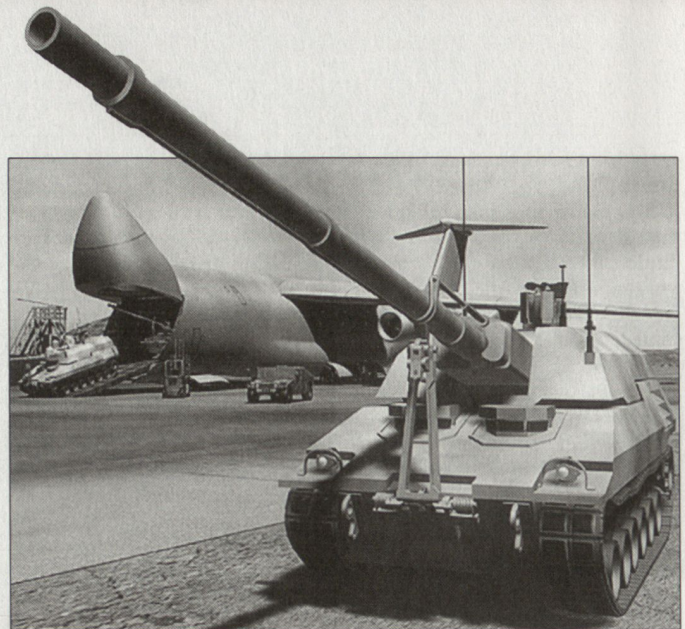
Seit dem 11. September 2001 sind nur noch spärliche Informationen über den laufenden Konflikt in Tschetschenien verfügbar. In den letzten Wochen sind gemäss Militärquellen die russischen Streitkräfte dazu übergegangen, vermehrt mit Spezialtruppen gegen den tschetschenischen Widerstand vorzugehen. Offensichtlich werden dabei auch Er-



Russische Spezialtruppen in Tschetschenien.

kenntnisse und Erfahrungen von US-Operationen in Afghanistan übernommen. Bei den laufenden russischen Spezialoperationen werden von Fall zu Fall Truppen und Einsatzmittel dem Auftrag entsprechend zusammengestellt. Ziele solcher Aktionen sind nicht mehr wie früher die vermuteten Truppenstandorte und Hinterhalte des Widerstandes, sondern sie richten sich vermehrt gegen die Führer und Kommandanten des Widerstandes. Wie aus der Militärpresse Russlands zu entnehmen ist, sind allerdings die russischen militärischen Verluste weiterhin hoch. Den russischen Truppen fehlen vor allem die konkreten Aufklärungsergebnisse sowie vermutlich auch die für einen erfolgreichen Kampf die notwendigen HUMINT-Informationen.

Die autonom vorgehenden taktischen Kampfgruppen konnten bisher nur beschränkte Erfolge vorweisen. Unter dem feststellbaren energischen Vorgehen russischer Spezialkräfte leidet weiterhin vor allem die einheimische Zivilbevölkerung. Daraus entsteht ein weiter zunehmender Hass gegenüber russischen Soldaten sowie eine generelle antirussische Stimmung in der Region. Den tschetschenischen Rebellen wird dadurch die Rekrutierung von Kämpfern erleichtert. hg



Nach anfänglichem Widerstand dürfte die Streichung des «Crusader»-Programms Tatsache werden.

gungsministerium nicht nur bei den zehn schweren Divisionen der US-Army kürzen; Einsparungen sollen auch bei den 12 aktiven Geschwadern der US Air-Force und bei den Trägerverbänden der US Navy vorgenommen werden. In den nächsten Monaten dürfte sich

in den amerikanischen Streitkräften der Streit um Budgetmittel noch verschärfen. Kürzungen bei den Teilstreitkräften oder die Streichung von Waffenprogrammen werden mit grösseren, auch politisch geführten Auseinandersetzungen verbunden sein. hg

USA

Streit über Streitkräftereform und Transformation der Streitkräfte

Nach dem 11. September 2001 hat Verteidigungsminister Rumsfeld – angesichts der aktuellen asymmetrischen Bedrohungen – seinen Bericht über die neue US-Militärstrategie mindestens teilweise angepasst. Jetzt steht die Heimatverteidigung eindeutig an erster Stelle. Mit Blick auf diese unkonventionellen Herausforderungen sollen die US-Streitkräfte vor allem leichter und beweglicher werden sowie erweiterte Einsatzfähigkeiten erhalten.

Schwerpunkte bilden finanzielle Aufwendungen für den gesamten Bereich C4ISR (Command, Control, Communications, Computers, Intelligence, Surveillance und Reconnaissance), Massnahmen gegen biologische und chemische Waffen, gegen «Cyber-space-Angriffe» sowie für die Abwehr ballistischer Lenkwaffen.

Allerdings können die geplanten Programme nur realisiert werden, wenn im Bereich der konventionellen Streitkräfte entsprechende Kürzungen durchgesetzt werden können. Entgegen den Erwartungen sind aber mit Ausnahme des schweren Artilleriesystems «Crusader» grössere Einsparungen ausgeblieben. Vielmehr sind die Verantwortlichen der Teilstreitkräfte mit neuen Forderungen nach mehr Personal und moderner Ausrüstung aufgetreten.

Im Grundsatz soll aber der neue Trend, weg von den grossen Waffensystemen und hin zu flexibel verlegbaren Truppen sowie vielseitig einsetzbaren Präzisionswaffensystemen durchgesetzt werden. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Reduzierung der Bomber B-1 um ein Drittel, der Abbau von ICBMs, die Umrüstung von vier Atom-U-Booten sowie die Streichung des «Crusader»-Programms. Zum Ärger der Militärs möchte das Verteidi-

Erfolgreicher Erstflug des unbemannten Kampfflugzeuges X-45A

Ein Prototyp des ersten unbemannten US-Kampfflugzeuges hat im Mai 2002 seinen Erstflug absolviert. Das von der Firma Boeing entwickelte Flugzeug vom Typ X-45A war von der Edwards Airforce Base zu einem 14-minütigen Testflug gestartet. Im Rahmen des Advanced Technology Programs der USA sind von Boeing die beiden unbemannten Flugzeugtypen X-45A und X-47A entwickelt worden. Mit ihnen soll die Eignung von unbemannten Kampfflugzeugen UCAV (Unmanned Combat Air Vehicles) für den künftigen Einsatz bei den Luft- und Marinestreitkräften

nachgewiesen werden. Die US Air Force fordert für eine operationelle Erprobung – vorgesehen für die Jahre 2007/2008 – insgesamt 14 unbemannte Prototypen. Zum gleichen Zeitpunkt will auch die US Navy mit der Entwicklung eines eigenen UCAV für den Marineinsatz beginnen.

Mit dem Erstflug des UCAV X-45A ist ein bedeutender Schritt in der Geschichte der Luftkriegführung vorgenommen worden. Von US-Seite wird im Zusammenhang mit der Transformation der Streitkräfte der Entwicklung von unbemannten Luftkampfmiteln grosse Bedeutung beigemessen. Dabei erhofft man sich vor allem operationelle und finanzielle Vorteile. hg



Flugdemonstrator UCAV X-45A beim Erstflug.